SAFE SPORT e.V.

Unabhängige Ansprechstelle für Betroffene sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt im Sport

Berlin, 24.11.2025

Stärkung unabhängiger Strukturen ist Schlüssel zu dauerhaftem Schutz im Sport

„Interpersonale Gewalt und sexuelle Übergriffe sowie Gefährdungen des Kindeswohls im Sport sind inakzeptable Verstöße gegen die Rechte der Betroffenen und die Integrität des Sports." Diese Worte der Sportministerkonferenz in ihrer jüngsten Sitzung spiegeln auch die Haltung von Safe Sport e.V. wider.

Safe Sport e.V., die unabhängige Ansprechstelle für Betroffene von Gewalt im Sport, verzeichnet auch im Jahr 2025 eine deutlich steigende Zahl an Anfragen. Derzeit meldet sich beinahe täglich eine neue Person, die Rat sucht. Die Entwicklung zeigt: Der Bedarf an vertraulicher Beratung, Unterstützung und struktureller Aufarbeitung ist hoch – quer durch alle Sportarten und Ebenen. „Die steigende Nachfrage verdeutlicht, dass unsere Arbeit für betroffene Athlet*innen, Unterstützer*innen sowie andere Beteiligte im Sport unverzichtbar ist", erklärt Prof. Ilse Hartmann-Tews, Vorständin von Safe Sport e.V. auf der Mitgliederversammlung des Vereins. „Sie zeigt auch, dass Schutzstrukturen im organisierten Sport weiterhin unzureichend ausgebaut sind und viele Betroffene wenig Vertrauen in interne Verfahren haben."

Anerkennung im sportpolitischen Raum

Die Arbeit und Erfahrung von Safe Sport e.V. wird auch im sportpolitischen Raum anerkannt: Im jüngsten Beschluss der Sportministerkonferenz (SMK) vom 17. Oktober 2025 würdigten die Länder die unabhängige Rolle von Safe Sport e.V. und hoben die Bedeutung einer verlässlichen Betroffenenvertretung im Gesamtsystem des entstehenden Zentrums für Safe Sport (ZfSS) und den Aktivitäten des organisierten Sports hervor. Die Expertise des Vereins wird zunehmend einbezogen, nicht nur in den Beratungen zur Satzung und Verfahrensordnung des geplanten Zentrums, sondern auch in Bezug auf den Entwurf des Sportfördergesetzes und die Umsetzung des Safe Sport Codes des DOSB. „Dass unsere Einschätzungen inzwischen regelmäßig in politische und fachliche Prozesse einfließen, ist ein wichtiger Schritt für alle Betroffenen, die sich Beteiligung, konsequente Aufarbeitung und verbindliche Standards wünschen", so Gitta Schwarz, Vorständin von Safe Sport e.V. Der Verein unterstützt den Aufbau des Zentrums für Safe Sport ausdrücklich – als notwendigen Schritt zu einem kohärenten, unabhängigen und professionellen System der Gewaltprävention und -intervention. Zugleich erwartet Safe Sport e.V., dass die Förderung des Spitzen- und Breitensports an die Voraussetzung der Erfüllung von Integritäts-Standards gebunden wird. Prof. Hartmann-Tews resümiert: „Sportförderung darf nicht länger ohne klare Schutzstandards vergeben werden. Die Umsetzung des Safe Sport Codes muss zur verbindlichen Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Mittel werden."

Zeit für ein Upgrade – Relaunch der Website

Die Erfahrung der Vereinsarbeit der vergangenen Jahre ist auch in eine überarbeitete Website geflossen. Der Relaunch wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung am 21. November 2025 vorgestellt, – mit einem modernen Design, klarer Struktur und einer noch nutzer*innenfreundlicheren Gestaltung https://ansprechstelle-safe-sport.de

SAFE SPORT e.V.

Unabhängige Ansprechstelle für Betroffene sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt im Sport

Über Safe Sport e.V.

Safe Sport e.V. – Unabhängige Ansprechstelle für Betroffene sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt im Sport wurde im November 2022 u.a. von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Vereins ist es, einen gewaltfreien Sport zu fördern und ihn zu einer sicheren Umgebung für alle Menschen zu machen, indem Hilfe für Betroffene und Unterstützende angeboten wird. Die Unabhängige Ansprechstelle bietet juristische und psychologische Beratung per Telefon (0800 11 222 00), online via Safe Sport-App oder vor Ort in Berlin – kostenfrei und anonym.

Safe Sport e.V. | Petersburger Str. 94 | 10247 Berlin
kontakt@ansprechstelle-safe-sport.de
www.ansprechstelle-safe-sport.de

Gefördert durch:
Bundeskanzleramt
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages